

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 8. 34. Jahrg.

18. Februar 1921

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement: Die Graphische Presse erscheint wöchentlich freitags. Abonnementpreis: 2 Mk. (inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3873.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Konner, Berlin N 28, Elsaßstr. 86-88, III. Redaktionsschloß:
Montag, Telefon: Ami Norden 3268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 28, :: Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkneidtz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion: Für die viergespaltene Nonparellezelle oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

An die Arbeiter der Welt!

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden! Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkerbund errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen. Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun. Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit zur höheren Ehre Gottes und der Menschheit. Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Kriege geseufzt. Vierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, denen die Gegner die Schuld am Kriege zuschieben, dafür büßen. Ihre Kinder und Kindeskinde sollen verkommen und sterben. Sie selbst sollen wie die Arbeiter am Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben.

Ungefähr ebensoviel, wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll im Laufe von 42 Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden, erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Lasten auferlegte, seine Naturschätze zum großen Teil genommen und dem man den Absatz der Werte seiner Arbeit nach anderen Ländern unterbindet. Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen. Haß und Verbitterung werden sich in die Herzen einfressen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverbrüderung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa).

Beirat der Freien gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Inhalt:

Hauptteil. An die Arbeiter der Welt! Bekanntmachung Unsere Mindestlöhne und die Kosten der Lebenshaltung im Jahre 1920. II. Rundschau. Keimzellenarbeit. — **Allgemeines:** Eine Anregung Ortsberichte: Barmen-Elberfeld, Leipzig, Viersen. — **Der Betriebsrat:** Folgen einer für ungerechtfertigt erklärten fristlosen Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes. Zur Auslegung von § 98 des B. R. G. — **Der Lithograph:** Die Lage der Kartographen. — **Der photographische Mitarbeiter:** Nur die Organisation kann helfen! — **Graphische Technik:** Etwas vom Bronzedruck. Chemisch-technische Winke. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Der in Nr. 1 der Graphischen Presse vom 1. Januar 1921 publizierte Ausschluß des Lithographen Richard Cornelius, Buch Nr. 36592, ist durch ein Wiederaufnahmeverfahren wieder zurückgenommen worden.

Der Verbandsvorstand.

Unsere Mindestlöhne und die Kosten der Lebenshaltung im Jahre 1920.

II.

Alle im Jahre 1920 von den Gewerkschaften, sowohl zentral wie lokal geführten Lohnverhandlungen standen unter dem Zeichen der andauernden und fortschreitenden Entwertung des Geldes. Das Mißverhältnis, das ständig zwischen den Löhnen und den Warenpreisen klappte, trieb die Arbeiterschaft immer wieder dazu, weitere Lohnforderungen zu stellen und die Lohnschraube um einen weiteren Ring vorwärts zu drehen. Obschon die fortschreitende Teuerung von jedermann selbst empfunden wurde, versuchten doch alle Unternehmergruppen die Arbeiterforderungen abzuschwächen oder gar als unberechtigt hinzustellen. Die teilweise direkt schroff ablehnende Haltung einzelner Unternehmergruppen hat dann auch jene großen Wirtschaftskämpfe hervorgerufen — deren Zeuge jeder einzelne Arbeiter gewesen ist — die das

gesamte deutsche Wirtschaftsleben oft nicht unerheblich erschüttert haben.

Diese offenen Wirtschaftskämpfe sind den graphischen Berufen im vergangenen Jahre erspart geblieben, aber die unter den bestehenden Tarifverhältnissen gepflogenen Lohnverhandlungen sind deshalb keineswegs weniger scharf geführt worden. Ob ohne Tarifvertrag eine wesentlich bessere Gestaltung der Löhne zugunsten der Berufsarbeiter zu erreichen gewesen wäre, soll im Rahmen dieser Erörterung dahingestellt bleiben. Gewiß hätten einige Orte mit durchgängig guter Beschäftigung ein Mehr erreichen können, aber der dadurch hervorgerufene Unterschied hätte schon in kurzer Zeit seine realisierende Wirkung ausüben müssen und die Kraft, die vorwärts treiben konnte, hätte ihren Verbrauch im Bruderkampfe gefunden. Daß auch die Unternehmer einer solchen Entwicklung der Dinge nicht tatenlos zugesehen hätten, beweisen schon allein die Verhandlungen, die gehilfsseitig zur Anrufung des Schiedsgerichtes des Reichsarbeitsministeriums führten und mit dem, keinen Gehilfen befriedigenden Schiedsgerichtsurteil vom 16. Oktober endeten.

Aus diesen Verhältnissen und der anerkannten Tatsache, daß die Preisveränderungen besonders in der Jetztzeit fließen, hatte der Gedanke der gleitenden Lohnskala neuen Boden gefunden und auch in einigen Industrien, besonders Englands, zur praktischen Anwendung geführt. Man ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, daß das Lohnsystem elastisch dem System der Preisbildung folgen muß und daß die Löhne gleiten müssen, wie sich die Lebenshaltungskosten verschieben. Das System der gleitenden Löhne sollte eine Art von geregelter Bewirtschaftung des ganzen Lohngebietes sein.

Ganz abgesehen von den Schwierigkeiten des Systems der gleitenden Lohnskala für Spezialkategorien von Arbeitern und der Tat-

sache, daß dann nur unter den größten Anstrengungen über den unbedingt notwendigen Satz der Lebenshaltungskosten hinauszukommen wäre, verlangt das System der gleitenden Lohnskala die ständige Beobachtung der Entwicklung der Preise der notwendigen Bedarfsartikel und ihre Fixierung. Gleichzeitig verlangt sie aber auch, daß an einem Tage die Haushaltsausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung und sonstige Bedürfnisse im Durchschnitt festgehalten werden und die Löhne und Gehälter, die gerechterweise an diesem Tage gezahlt werden müßten, ebenfalls durchschnittlich berechnet und beide auf die Zahl von 100 gebracht werden. Auf diese Weise erhält man die sogenannte Indexziffer, von der aus dann je nach dem Steigen oder Fallen der notwendigen Kosten der Lebenshaltung die Löhne ebenfalls steigen oder fallen.

Nach dem System der Indexziffern berechnet Richard Calwer schon seit Jahren die Kosten der Ernährung. Calwer berechnet den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, indem er die dreifache Friedensration eines deutschen Marinesoldaten für die Ernährung dieser Familie zur Grundlage nimmt. Der Preis der hierzu erforderlichen Lebensmittel wird jeden Monat festgestellt, indem auf Grund von Berichten aus 200 deutschen Städten über die Preislage einer Reihe wichtiger Lebensmittel der Durchschnitt berechnet, und nach diesem die Lebenskosten (entsprechend den Mengen dieser dreifachen Ration eines Marinesoldaten) ausgewiesen werden. Die monatlichen Preiserhebungen erstrecken sich auf die wichtigsten Waren wie z. B. Fleisch, Reis, Bohnen, Erbsen, Mehl, Kartoffeln, Brot, Milch, Zucker, Kaffee Tee, Salz usw.

Die Verpflegungskosten für eine vierköpfige Familie (Mann, Frau und zwei Kinder) werden so für jeden einzelnen Ort von Monat zu Monat festgestellt. Außerdem berechnet Calwer aus den Unterlagen der Preise aller beteiligten

Berichtsorte eine Indexziffer, also eine Ziffer, die den Nahrungsmittelaufwand einer Familie im Durchschnitt für das ganze Reich darstellt.

Die so ermittelte Indexziffer im Reich durchschnitt stellt sich im Monat Dezember der einzelnen Jahre wie folgt: (je Mark.)

1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
28,74	39,33	53,21	55,97	63,02	114,64	369,76

Eine genauere und bessere Übersicht über die Gestaltung der Ernährungskosten nach Calwer geben die monatlichen Berechnungen der Reichsindexziffer. Wir geben zum Vergleich auch die Ziffern für die Jahre 1914 und 1919, die die sprunghafte Erhöhung der Ernährungskosten besonders drastisch illustrieren. Nach Calwer betrug der Nahrungsmittelaufwand einer Familie in Mark:

im Monat	1914	1919	1920
Januar	25,57	63,75	130,65
Februar	25,29	64,93	147,65
März	25,08	67,30	167,60
April	24,96	69,65	189,78
Mai	24,70	73,70	224,63
Juni	24,73	78,65	232,15
Juli	25,12	82,21	252,38
August	26,41	85,45	261,38
September	26,14	95,67	273,95
Oktober	27,09	100,63	332,20
November	27,86	100,83	357,05
Dezember	28,74	114,65	369,76

Von anderen Grundsätzen ausgehend, macht Dr. Elsaß, Frankfurt a. M. folgende Rechnung auf. Ebenfalls auf Indexziffern aufgebaut, die alle zwei Monate errechnet werden, sind diese Indexziffern außer auf Nahrung auch auf Wohnung, Kleidung, Heizung und sonstige Bedürfnisse ausgedehnt. Dr. Elsaß setzt für den 1. April 1919 die Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie mit 100 an. Für Lebensmittel wurde die Zahl 60, für Kleidung die Zahl 17, für Wohnung die Zahl 8, für Heizung und Beleuchtung die Zahl 5 und schließlich für Verschiedenes die Zahl 10 eingesetzt, so daß sich in der Gesamtheit die Zahl 100 ergibt. Nun wurden in bestimmten Zeitperioden auf Grund der gestiegenen Preise die Preissteigerungen in Prozenten erfaßt und auf die vorhergehenden Indexzahlen draufgeschlagen. Es wäre vollständig falsch die so gewonnenen Zahlen als das Existenzminimum zu werten, sie als absolute Zahlen, als Mark und Pfennige zu betrachten. Sie stellen lediglich nur die eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten relativ fest und sagen, daß ungefähr das Elfache nötig wäre, um den damaligen Stand der Lebensführung zu halten. Die Zahlen gestalten sich nach den Berechnungen von Dr. Elsaß wie folgt:

für	am	am	am	am
	1. 4. 19	1. 11. 19	1. 1. 20	1. 3. 20
Lebensmittel:	60	73,99	112,14	124,49
Kleidung:	17	21,04	23,60	32,35
Wohnung:	8	8,80	8,80	9,20
Heizung und Beleuchtung:	5	9,50	11,82	14,62
Verschiedenes:	10	11,55	13,86	17,32
Zusammen:	100	125,—	170,—	198,—

für	am	am	am	am
	1. 5. 20	1. 7. 20	1. 9. 20	1. 11. 20
Lebensmittel:	213,72	201,25	197,09	230,33
Kleidung:	29,02	28,50	26,25	27,97
Wohnung:	9,20	9,60	9,60	9,60
Heizung und Beleuchtung:	16,93	17,82	17,95	17,95
Verschiedenes:	19,91	19,91	29,86	29,86
Zusammen:	289,—	277,—	281,—	316,—

Dr. Kuczynski, der Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg berechnet seit rund einem Jahre nach den Grundsätzen des allgemein anerkannten Forschers auf dem Gebiete der Ernährungswissenschaft Dr. Max Rubner das Existenzminimum für Berlin. Rubner fordert für die Ernährung eines arbeitenden erwachsenen Menschen 3000 Kalorien (Kalorie ist die Einheit der Wärmemenge, die

erforderlich ist, um 1 Gramm Wasser um 1 Grad Celsius zu erwärmen). Der Nahrungsbedarf einer Frau wird neuerdings zumeist mit 2400 Kalorien, die eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien für den Tag angesetzt. Im Wochendurchschnitt wird demnach eine Nahrungsmenge benötigt, die für den Mann 21000, für die Frau etwa 16800 und für ein Kind von 6 bis 10 Jahren etwa 11200 Kalorien beträgt.

Von dieser als notwendig anerkannten Kalorienmenge ausgehend, berechnet Dr. Kuczynski den Aufwand der Ernährung eines Ehepaars mit zwei Kindern im Januar 1921 mit 141 Mark in der Woche, sich dabei tunlichst auf die billigsten Nahrungsmittel beschränkend. Als Mindestbedarf an Wohnung — Stube und Küche — bringt er 9 Mark, für Heizung und Beleuchtung (1 Zentner Briketts — 6 Kubikmeter Gas) 22,70 Mark in Ansatz.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind nach Kuczynski mindestens anzusetzen: Mann 30 Mk., Frau 20 Mk., Kind 10 Mk. und für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von $\frac{1}{3}$ machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin für ein Ehepaar mit zwei Kindern:

Ernährung	141 Mk.
Wohnung	9 „
Heizung, Beleuchtung	23 „
Bekleidung	70 „
Sonstiges	80 „
Januar 1921	323 Mk.

Nach diesen Berechnungen ergibt das wöchentliche Existenzminimum in den einzelnen Monaten des vergangenen Jahres für ein Ehepaar mit zwei Kindern folgende Zahlen:

	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ernährung	102	123	150	167	121	138
Wohnung	8	8	9	9	9	9
Heizung, Beleuchtig.	13	20	22	22	22	22
Bekleidung	82	105	112	98	84	77
Sonstiges	51	64	73	74	59	82
Zusammen: 256	320	366	370	295	328	

	August	Septbr.	Oktr.	Novbr.	Dezbr.
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ernährung	127	121	137	136	146
Wohnung	9	9	9	9	9
Heizung, Beleuchtig.	21	21	22	22	23
Bekleidung	77	70	70	70	70
Sonstiges	76	74	79	79	82
Zusammen: 303	296	317	316	330	

Nun ist es selbstverständlich nicht gleichgültig, was der Mensch zu seiner Ernährung zu sich nimmt. Die Nährstoffe dürfen nicht einseitig vertreten sein. Zu einer gedeihlichen Ernährung ist vielmehr eine richtige Mischung der Nahrungsstoffe erforderlich. Die Lebensmittel setzen sich im wesentlichen aus fünf Nährstoffgruppen zusammen und zwar: eiweißartige Körper, Kohlehydrate, Fett, Salze und Wasser. Die einzelnen Nahrungsmittel enthalten gewöhnlich hauptsächlich nur Substanzen aus einer dieser Nährstoffgruppen. (Eiweiß im Fleisch, Kohlehydrate in Kartoffeln usw.) Für sich allein kann demnach ein einziges Nahrungsmittel nicht die Bedürfnisse des Körpers decken. Ein Ausgleich wird durch Mischung und durch Abwechslung mit den Nahrungsmitteln erreicht.

Das tägliche Kostmaß des Menschen, welches genügt, den Körperbestand zu erhalten, gestaltet sich nach Alter, Geschlecht, Beschäftigung usw. verschieden. Moleschott veranschlagt das tägliche Kostmaß eines arbeitenden Mannes in der Blüte seines Lebens auf 130 Gramm Eiweiß, 84 Gramm Fett und 404 Gramm Kohlehydrate und Voit schließt aus einer größeren Anzahl von Versuchen, daß ein arbeitender Erwachsener von mittelmäßiger Kraft, neben Wasser, Salz und Genußmitteln täglich mindestens 108 Gramm Eiweiß, 56 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlehydrate bedarf. Dabei enthalten diese Zahlen das Maximum an Kohlehydraten, da ein noch größeres Quantum nicht

mehr gut verdaulich ist, und das Minimum an Fett, welches wegen seines höheren Preises in der Kost des Arbeiters weit weniger vertreten ist, als in der des Wohlhabenden. Die interalliierte wissenschaftliche Verpflegungskommission hat eine Fettquote von 75 Gramm täglich als Minimum für notwendig angenommen.

Eine Statistik des wöchentlichen Ernährungsbedarfes, die sich an diese wissenschaftlichen Erfordernisse hält, wird allmonatlich von Professor Dr. H. Silbergleit, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, aufgenommen. Silbergleit legt für seine Berechnungen, indem er ebenfalls zu den möglichst wohlfeilsten Nahrungsmitteln greift, eine Eiweißquote von etwa 110 Gramm und eine Fettquote von ungefähr 60 Gramm für den Tag zugrunde. Nach diesen statistischen Ermittlungen betragen in Berlin die Mindestkosten des Ernährungsbedarfes für eine Familie von Mann, Frau und einem 7 bis 12jährigen Kinde 1920 pro Woche im (Zahlen in Mark):

Febr.	März	April	Mai	Juni
117,13	128,50	138,37	137,11	135,15
Juli	August	Septbr.	Oktr.	Novbr.
123,31	116,22	117,16	124,05	125,39

Diese Feststellungen der Kosten des notwendigen Ernährungsbedarfes oder der Kosten der Lebenshaltung überhaupt ließen sich noch durch eine Reihe weiterer ergänzen. Sicher wertvoll wäre es bei dieser Betrachtung gewesen, wenn die durch das Reichsarbeitsministerium festgestellten Teurungszahlen, die leider nur für den Monat Februar 1920 vorliegen, hätten verwendet werden können. Aber auch das vorliegende Material dürfte genügen um feststellen zu können, in welchem Verhältnis unsere Mindestlöhne zu den Lebenshaltungskosten stehen. Einige Worte dazu, sowie einige Bemerkungen zu den statistischen Feststellungen über die gezeichnete Steigerung der Kosten des Ernährungsbedarfes oder der Lebenshaltungskosten sollen einer weiteren Abhandlung vorbehalten bleiben.

Rundschau.

25 Jahre Verbandsdienst. Am 12. Februar sind 25 Jahre verflossen, seit Genosse Fritz Paepow im Dienste der deutschen Bauarbeiter steht. Vorstand und Ausschuß des damaligen Maurerverbandes beriefen ihn in die Redaktion des „Grundstein“. Bis zum Jahre 1908 war Paepow Redakteur, dann wurde er leitender Sekretär im Maurerverband. Nach der Verschmelzung des Maurer- und des Bauhilfsarbeiterverbandes, die ganz besonders von Fritz Paepow gefördert wurde, wurde er im Deutschen Bauarbeiterverband zunächst ebenfalls leitender Sekretär. Infolge der Erkrankung Bömelburgs fiel ihm aber bald die tatsächliche Leitung des Verbandes zu. Vom Bauarbeiterverbandstag in Jena im Jahre 1913 wurde Paepow zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Im gleichen Jahre wurde er als Vorsitzender an die Spitze der Bauarbeiter-Internationale gestellt. Paepow hat allezeit seine Kräfte sowohl für die deutschen Bauarbeiter als auch für die deutsche Arbeiterbewegung im besonderen eingesetzt. Wir entbieten ihm zu seinem 25jährigen Jubiläum die besten Glückwünsche in der Hoffnung, daß er noch recht lange zum Wohle der Bauarbeiter wirken möge.

Gewerkschafter in der Wuterebekämpfung. In einem Bericht von Dr. C. Falk, dem Leiter des Landespolizeiamtes für die Wuterebekämpfung, heißt es wie folgt: Um ein zahlenmäßiges Bild von der umfangreichen, von Erfolgen gekrönten Tätigkeit der Gewerkschafter zu geben, seien hier die Mengen wiedergegeben, die eine kleine Kolonne Gewerkschafter auf mehreren Streifzügen in den südwestlichen Vororten Groß-Berlins beschlagnahmte. Es waren dies 377 Stück lebendes Vieh, etwa 180 Zentner Fleisch, 36 Zentner Wurst, 27 Zentner Kaffee, 23 Zentner Schmalz, 29 Zentner Mehl, 166 Zentner Getreide, 22 Zentner Butter, 26 Zentner Zucker, 45000 Zigaretten, 2000 Liter Spirituosen, 95 Kisten Gemüsekonserven, 206 Zentner Kupfer, 300 Zentner Kohlen, 1 Zentner Sacharin, 90 Militärmäntel und zwei vollständige Geheimenrichtungen für Spiritusbrennerei. Bei der Rheinkontrolle beschlagnahmte die Gewerkschafter in einem Monat Waren im Werte von über 110 Millionen Mark. Bei ihrer Tätigkeit hatten die Gewerkschafter außerdem mehrfach Gelegenheit, bei der Verfolgung gemeiner Straftaten mitzuwirken.

Ullstein Aktiengesellschaft geworden. Die Firma Ullstein & Co. in Berlin ist aus einer offenen Handelsgesellschaft (aus fünf männlichen Ullsteins

gebildet) in eine Familienaktiengesellschaft verwandelt worden mit 20 Millionen Aktienkapital. Es heißt in einer uns vorliegenden Zeitungsmeldung, die sich in den Händen der Gründer befindenden Aktien werden nicht anderweitig vergeben, so daß vorläufig eine Überfremdungsgefahr nicht vorhanden sei. Wie vordem verlautete, sollte ausländisches Kapital sich bemühen, in die Firma Ullstein einzudringen. Das wäre nach dieser Meldung also nicht gelungen. Das kapitalistische Manöver dieser Unternehmensumwandlung innerhalb des Familienbesitzes ist nicht klar ersichtlich. Die Firma Ullstein & Co. ist nach dem Druckereiarrest erst im Jahre 1877 gegründet. Sie hat Niederlassungen in Düsseldorf, Hamburg, Köln, München und Wien (neuerdings auch Danzig). Ullstein gibt neben etwa zwölf Wochen- und Zeitschriften sechs Tageszeitungen heraus, arbeitet mit 43 Setzmaschinen und 40 Rotationsmaschinen und beschäftigt 1667 Arbeiter.

Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz. Um den von den Lohnempfängern erhobenen Klagen über ihre Vorentrichtung der Steuer durch Lohnabzug zu begegnen, ist dem Reichstag ein Gesetzentwurf zugegangen, der u. a. auch für die freien Berufe und Gewerbetreibenden Vorauszahlungen auf die endgültige Steuerschuld vorsieht. Ferner soll das steuerfreie Existenzminimum für die Familienangehörigen von 500 auf 1000 Mark heraufgesetzt werden, so daß eine Familie mit drei Kindern bei einem Einkommen bis zu 10000 Mk. nicht mehr wie bisher 5900 Mk., sondern nur noch 3900 Mk. zu versteuern braucht. Verstümmelungen zulagen, Schwerbeschädigtenzulagen usw. sollen bis zum Betrag von 5000 Mk. (bisher 2000 Mk.) von der Steuer frei bleiben. Der Steuerausfall für das Reich wird auf mindestens 2 Milliarden Mk. berechnet, außerdem besteht aber noch die Gefahr, daß dieses erhöhte Existenzminimum von der Gemeindeeinkommensteuer erfaßt werden kann.

Keimzellenarbeit.

National wie international tobt um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der Kampf. Neben der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die mehr als 25 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter umfaßt, steht die Moskauer Internationale, die die Gewerkschaften mit revolutionärem Geist erfüllen und auf den schärfsten Klassenkampf einstellen will. Dieses Ziel glaubten die Moskauer am besten dadurch zu erreichen, indem sie alle Gewerkschaften Amsterdamer Observanz mit allen möglichen Kosenamen belegen, sie als schlimmer wie jede reaktionäre Gewaltorganisation hinstellen und empfehlen, Organisationen in den Organisationen zu errichten, die ihre Richtlinien für zukünftige Arbeit von außerhalb der Gewerkschaftsorganisationen stehenden Institutionen erhalten. Der Endzweck dieser Organisationsarbeit in den Gewerkschaften soll nach den generellen Richtlinien der kommunistischen Internationale die Angliederung der Gewerkschaften an diese Internationale sein, durch die die Gewerkschaften angeblich eine gewaltige Stärkung erfahren, aber niemals zu einer Spaltung kommen können.

Schon allein die Tatsache der Organisation in der Organisation muß zu einer Lähmung der Aktionskraft der Gewerkschaften führen, denn in erster Linie wird es darum gehen, die vorhandenen inneren Gegensätze zum Austrag zu bringen. Es ist heute kein Streit mehr darüber — und die Anhänger der 3. Internationale geben das auch ohne weiteres zu — daß die begonnene Zellenarbeit lediglich dem Zwecke dient, die Gewerkschaften den politischen Organisationen der Moskauer Internationale dienlich zu machen. Es heißt ja auch im Paragraph 14 des Statuts der Kommunistischen Internationale: »Die auf dem Boden des Kommunismus stehenden, im internationalen Maßstabe unter der Leitung der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Gewerkschaften bilden eine Gewerkschaftssekktion der Kommunistischen Internationale. Diese Gewerkschaften delegieren ihre Vertreter zu den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale durch die kommunistischen Parteien der betreffenden Länder.« Wer dieses Ziel erreichen will, muß ganz naturgemäß auch dafür eintreten, daß nicht nur die Form der Gewerkschaften, sondern auch ihr geistiger Inhalt von Grund aus geändert, nicht ihre angeblich politische, sondern ihre tatsächlich parteipolitische Neutralität beseitigt werden muß. Diesem Ziele in einer Zeit, die eine so stark politisch zerklüftete Arbeiterschaft aufweist zustreben und es mit allen Machtmitteln zu erreichen suchen, heißt nichts anderes, als mit vollem Bewußtsein die Spaltung der freien Gewerkschaften in die Wege leiten, heißt nichts anderes, als den noch einzigen vorhandenen Hort gemeinsamer proletarischer Kraft entfallend in Trümmer schlagen.

Die Gewerkschaften, insbesondere die deutschen freien Gewerkschaften lassen es bis heute noch allen Mitgliedern vollständig offen, nach welchem politischen Glaubensbekenntnis sie selig zu werden hoffen. Wer die Satzungen einer freien Gewerkschaft anerkennt und nach ihnen handelt, kann ihr Mitglied sein. Es wird weder nach religiöser, noch nach politischer Zugehörigkeit gefragt und nur Wert darauf gelegt, in voller Einheitlichkeit die aufge-

stellten Wirtschaftsziele zu erreichen. Schon allein aus dieser Tatsache heraus wird eine Gewerkschaft nie dazu kommen ein Mitglied, nur weil es Kommunist ist, aus der Gewerkschaft auszuschließen. Wenn jetzt trotzdem Ausschlüsse erfolgt sind, müssen andere Dinge zurechtliegen.

Bisher galt als die deutsche Zentrale der freien Gewerkschaften die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die jetzt nach den Beschlüssen von Nürnberg den Namen: Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes führt und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen ist. Genau so wie international, hat sich nun auch national neben dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eine Reichsgewerkschaftszentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands mit ihrem Sitz in Berlin aufgemacht, die den gleichen Bestrebungen huldigt wie die Moskauer Zentrale, denn sie ist ja nur ein Ableger von Moskau. Moskau aber sieht in der Zertrümmerung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eine Notwendigkeit, ja, eine direkte Pflicht. Die Annahme, daß die nachgeordnete Instanz in Berlin dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gegenüber eine andere Stellung einzunehmen verpflichtet ist, ist nach Veröffentlichung des Levisbriefes aber so absurd, daß auch kein denkender Gewerkschafter darauf verfallen könnte. Die Praxis würde ihn auch sofort eines besseren belehren und eindringlich beibringen, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dem gleichen Schicksal wie Amsterdam verfallen soll. Aber mit der Zertrümmerung des A.D.G.B. kann nur und muß die Zertrümmerung der einzelnen freien Gewerkschaften Deutschlands Hand in Hand gehen.

Man mag die Absicht der Zertrümmerung der Gewerkschaften in Abrede stellen, weit von sich die Zerstörung der Gewerkschaften weisen, aus der entfalteten Tätigkeit muß mit Naturnotwendigkeit die Sprengung der Einheit der Gewerkschaften hervorgehen. Auch wenn die durch die Spaltung der politischen Parteien gewonnene Erfahrung nicht vorläge, wäre es nicht schwer den Gang der Entwicklung der Dinge voraus zu sagen. Die Zellenbildung in den Gewerkschaften ist der Anfang der Spaltung der Gewerkschaften.

Daß man auf kommunistischer Seite auch mit einer Spaltung der Gewerkschaften rednet, beweist »Der Kommunistische Gewerkschafter« in seiner Nr. 3 in einer Abhandlung über die Freie Arbeiterunion Gelsenkirchen, indem er schreibt: »Die Kommunistische Partei hat sich deshalb schon seit längerer Zeit mit ihr beschäftigt. Gepflegene Verhandlungen haben zu einem greifbaren Ergebnis noch nicht geführt. Die Umstellung innerhalb unserer Partei, die Vereinigung mit den revolutionären Elementen der U.S.P. mit der plötzlichen Erweiterung aller unserer Aufgaben, unterbrachen die schwebenden Verhandlungen. Jetzt haben die Kommunisten, die in der F.A.U. organisiert sind, durch die Beschlüsse des Parteitag eine gute Grundlage, auf der sie wirken können, um die F.A.U. zu einem brauchbaren revolutionären Werkzeug zu formen.«

Also schon nicht mehr einheitliche Parole: Hinein in die freien Gewerkschaften! Bald wird aus der mit Hochdruck arbeitenden Parolenschmiede der Moskauer Freunde klingen: Heraus aus den freien Gewerkschaften; hinein in die F.A.U. Und dann? Die Solidarität der Phrase (daß soll angeblich Amsterdam sein) war schuld daran! Ähnlich ging es ja auch auf dem politischen Kampfboden zu. Wer mitten im parteipolitischen Kampfgetümmel gestanden hat, wird sich erinnern können, daß auch anfangs eine Zertrümmerung der Parteiorganisationen immer mit Entrüstung abgewiesen worden ist. Vor kurzem aber schrieb das kommunistische »Ruhrecht«: »Die Spaltung der sozialistischen Parteien, zuerst der alten Sozialdemokratischen Partei, dann der Unabhängigen Partei, ist das bewußte Werk der Kommunisten gewesen, unternommen im Lebensinteresse der proletarischen Revolution.« Dieses »bewußte Werk der Kommunisten« in den Gewerkschaften unmöglich zu machen hat den Bauarbeiterverband veranlaßt zu handeln wie geschehen, und auch die übrigen Verbände gezwungen darauf hinzuweisen, daß die Einheit und Geschlossenheit der Verbände, wenn es sein muß, in den schärfsten Mitteln verteidigt werden.

In den graphischen Verbänden, insbesondere in unserem Verbände ist bisher von einer Keimzellenarbeit noch nicht viel zu spüren gewesen. Selbstverständlich ist auch bei uns die Frage: Amsterdam oder Moskau diskutiert worden und auch der Verbandsvorstand hat sich in einer vollen Sitzung mit dieser Frage beschäftigt, ohne jedoch irgendwelche Beschlüsse zu fassen. Die Aussprache, die auf einem sehr hohen Niveau stand, konnte nur rein theoretischer Natur sein, drängte aber naturgemäß die von den Gewerkschaften zu erfüllenden Aufgaben in den Vordergrund.

Einem Rundschreiben der Reichsgewerkschaftszentrale der V.K.P.D., Industriegruppe: Graphisches Gewerbe zufolge, soll nun die Keimzellenarbeit auch bei uns intensiv betrieben werden. Da das auch uns zugänglich gemachte Rundschreiben den Verbandsvorstand in seiner Sitzung orientierte, und darin, nach Angabe kommunistisch orientierter Kollegen, nichts enthalten sei, was nicht schon

allenthalben bekannt sei, übergeben wir dieses Rundschreiben der Kenntnis aller Kollegen zum Zwecke der besseren Information. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

Reichs-Gewerkschaftszentrale der V. K. P. D. Berlin, 11. I. 1921, Industriegruppe: Graph. Gewerbe

An die Kommunistischen Fraktionen in den graphischen Gewerkschaften!

Werte Genossen!
Die Reichszentrale für die Propaganda des Graphischen Industrieverbandes hat sich unter Ausschaltung der U.S.P.-Kollegen und mit Hinziehung der zeitweise fern gebliebenen Lithographen, Steindruckern und verw. Berufe neu konstituiert als Zentrale der kommunistischen Fraktionen in den graphischen Gewerkschaften. Sie besteht aus je 2 Vertretern der vier Fachverbände (Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter, Steindruckern u. verw. Berufe).

Diese Neukonstituierung ist eine vorläufige. Die endgültige Wahl ist Angelegenheit einer Reichskonferenz der V.K.P.D.-Fraktionen in den Graphischen Gewerkschaften. Eine solche Konferenz wird erst nach erfolgtem Aufbau von Bezirkszentralen, welche die Wahlkörper für die Konferenz bilden können möglich sein. In erster Linie ist sie jedoch abhängig von den verfügbaren Geldmitteln. Die provisorische (!) Zentrale rechnet bis zu diesem Zeitpunkt auf das Vertrauen der Genossen im Reich. Sie glaubt dies um so eher zu können, als grundsätzliche Bedenken bisher noch nicht erhoben sind gegen ihre Tätigkeit seit Ende September 1920, wo ihre Zusammensetzung im wesentlichen dieselbe wie heute war. Sie wird die bisher mit unzulänglichen Mitteln, ohne die organisatorische Unterstützung der Partei oft sehr unpunktlich verrichtete Arbeit jetzt mit Hilfe der Partei und nach den von ihr anerkannten Grundsätzen systematischer und besser ausführen können.

Für den ersten Aufbau ist folgendes zu beachten:

1. Eine der im Augenblick wichtigsten Fragen unserer Gewerkschaftsarbeit ist die Stellung zur U.S.P., deren Opposition sich vielfach bei uns noch nicht so augenfällig als inhaltlos und faden-scheinig erwiesen hat wie in den meisten anderen Gewerkschaften. Wir dürfen von den U.S.P.-Leuten innerhalb der bisherigen sogenannten »Opposition« keine Trennung vornehmen wegen theoretischer Differenzen, wie in der Frage der III. Internationale. Wir müssen mit den ehrlichen U.S.P.-Oppositionellen zusammenarbeiten, solange es sich mit unseren Grundsätzen verträgt. Die Trennung darf nur erfolgen, wenn wir die Unabhängigen infolge offenen Verrats oder grober Fehler bei der praktischen Arbeit in den Gewerkschaften vor den breiten Massen der Mitglieder bloßstellen können und müssen. Wo deshalb noch eine unkompromittierte »Gesamt-opposition« besteht, müssen sich unsere Genossen weiter daran beteiligen unter Wahrung unserer Grundsätze und unserer Handlungsfreiheit. Sollte in einem solchen Falle die Leitung in den Händen der U.S.P. liegen und dieselbe noch mit dem »Graphischen Block« in Verbindung stehen, so ändere man an diesem Zustande vorläufig nichts. Die V.K.P.-Genossen müssen in diesem Falle selbstverständlich gesondert mit uns in Verbindung treten, unter Umständen ohne Wissen der U.S.P.-Kollegen.

2. Die Fraktionen müssen innerhalb der Berufsverbände gesondert zusammengefaßt werden. Die örtliche Organisation ist also die folgende: Die örtlichen Fraktionen in jedem der vier Verbände wählen je einen Aktionsausschuß. Die Obleute der vier Aktionsausschüsse treten zu einem örtlicher Propagandaausschuß für den Graphischen Industrieverband zusammen. Die Adressen der Obleute der einzelnen Fraktionen sowie des Gesamtpropagandaausschusses sind uns sofort zu melden.

Die Bezirkszentrale für die Propaganda des G. I. V. wird durch die zugehörigen Ortsausschüsse auf der Grundlage der Gaueinteilung der einzelnen Graphischen Verbände gebildet. Wo diese Gaueinteilung nicht in allen Verbänden übereinstimmend ist, muß eine Verständigung an Ort und Stelle erfolgen. Die Bezirkszentrale muß zu gleichen Teilen von allen vier Verbänden besetzt werden. Die Vertretungen der einzelnen Verbände bilden die Bezirkszentrale für ihren Berufsverband und haben die spezielle Arbeit innerhalb derselben zu leiten.

Die Adressen der Obleute der Bezirkszentralen für das gesamte Graphische Gewerbe sowohl wie für die vier Berufsverbände sind uns sofort zu melden.

(Auf die Herstellung der Verbindung mit den Steindruckern und verw. Berufe ist ganz besonders zu achten, da diese bisher ganz fehlten).

3. Die zur Finanzierung unserer Bewegung und zur Schaffung eines Betriebsfonds für den »Graphischen Block« vom Genossen Herzog eingeleitete Sammlung ist fortzusetzen. 25 Prozent des Ertrages fallen dabei den örtlichen Kassen zu.

4. Der »Block« erscheint im Einvernehmen mit der Gewerkschaftlichen Zentrale weiter, und zwar monatlich. Der geringe Ertrag der Samml-

lungen ermöglichte bisher noch nicht das beachtliche halbjährliche Erscheinen. Bei reger Agitation für das Blatt wird es bald möglich sein, einen Überschuß aus dem Vertrieb desselben zu erzielen. Der Preis wird von Fall zu Fall für die örtlichen Vertreter so festgesetzt, daß ihre Unkosten ersetzt werden. Die Mitarbeit durch kurze, das Wesentliche klar wiedergebende Berichte über unser Auftreten in den örtlichen Organisationen ließ bisher zu wünschen übrig. Jeder Bericht ist für uns nötig zur Beurteilung der gesamten Situation, wenn auch infolge Raum-mangels nicht immer alles veröffentlicht werden kann.

5. Im Buchdruckgewerbe sind überall Anträge auf Kündigung der Teuerungszulage zu stellen zu dem frühesten Termin, der nach den tariflichen Vereinbarungen möglich ist.

6. Die letzten Jahresberichte der einzelnen Gauleitungen der vier Verbände bitten wir, uns sofort übermitteln zu wollen. (Durch die Fraktion am Sitz der Gauleitung.)

7. Mit der Schriftleitung und dem Verlag des »Graphischen Block« sind nur die diesen Stellen obliegenden Angelegenheiten zu erledigen. Alle übrige Korrespondenz lasse man über die Adresse der Gewerkschaftlichen Zentrale der V. K. P. D. an uns gelangen: Reichsgewerkschaftszentrale der V. K. P. D., Berlin, Rosenthaler Straße 38.

Die Beibehaltung der Bezeichnung »Propaganda«-Aussschuß für den Graphischen Industrie-Verband« bedeutet nicht etwa die Beschränkung auf die Propaganda des Industrieverbandes. Vielmehr erfolgt unsere Arbeit im Sinne der gewerkschaftlichen Richtlinien der V. K. P. D.

Baldige Rückäußerungen erwartend zeichnet mit kommunistischem Gruß

Reichszentrale für die Propaganda des graphischen Industrieverbandes.

Obwohl das Rundschreiben nichts enthalten soll, was den Kollegen nicht schon bekannt wäre, empfehlen wir es doch dem eingehendsten Studium. Der Inhalt des Rundschreibens gibt die Erklärung für die Frage: Wohin der Weg? Selbst der »Syndikalist«, das Organ der Freien Arbeiter-Union, dem man sicherlich keine besonderen Neigungen für die freien Gewerkschaften nachsagen kann, schreibt in seiner Nummer 2 von 1921 über diese Keimzellenarbeit: »Unter der Parole, »Zellenbildung« will man die Arbeiterschaft sammeln und zersprengt sie. Die Jünger des Bolschewismus ziehen hinaus in die Lande, ihre Propaganda wird gespickt mit russischen Rubeln, den Papageien der Zentrale hat man einige tausendmal wiedergekaute Sätze eingelernt, auf Befehl der Zentrale schwadronieren sie der Arbeiterschaft ihre immer wieder aufgewärmten Märchen vor. Wir denken nicht daran, uns den 21 Moskauer Bedingungen, diesem Abklatsch eines preussischen Exerzierreglements zu unterwerfen! Wir sind keine Knechte!«

Auch wir fühlen uns nicht als Knechte und müssen es ablehnen, dem letzten bekannt gewordenen großen Unbekannten die Entscheidung darüber zu lassen, was für unsere Kollegen nützlich und notwendig ist zu tun. Nadt wie vor gilt noch in unserem Verbande, was die Mehrheit der Kollegen beschließt. So soll es auch bleiben! Und wenn auch unser Verband versteht, den Puls der Zeit zu fühlen und sich immer als einen Teil jener Kraft betrachtet, die nicht nur für eine löhliche Besserstellung der Kollegen zu wirken hat, sondern im Dienste der Allgemeinheit mit aller Kraft dem Wirtschafts- und Gesellschaftszustand des Sozialismus zustrebt, wird alle Keimzellenarbeit nicht vermögen, unsern Verband in seiner Einheit und Geschlossenheit wirksam zu erschüttern. Am Auf- und Ausbau des Verbandes tätig zu sein aber ist eine Pflicht, die jedem klassenbewußten Kollegen obliegt und Vorschläge, dies-z Ziel zu erreichen, werden wie immer die sachliche kritische Würdigung finden.

Allgemeines.
Voll für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Eine Anregung.

Die Zeit der fachtechnischen Belehrung unseres Verbandes, ja, die hat einmal bestanden. Die »Graphische Rundschau« seligen Andenkens, wie waren wir anfangs (gerade ob dieses Anfangs) froh, etwas Anregendes zu besitzen und unzufrieden zuletzt ob der Nichterfüllung unserer viel höher fliegenden Pläne und Wünsche. Die christliche Sophistik: »Besitztümer machen nicht glücklich«, hat wohl recht, also: daß man sie nicht hat, wer ist darüber glücklich? — Da wird nun, während ich davon schreibe, erneut das Versprechen gegeben, die »Graphische Rundschau« wieder einzuführen, verbunden mit der Urabstimmung über die Beitragserhöhung. Mit gemischten Gefühlen kann man, also der Dinge warten, die da kommen sollen, nachdem man viel zu lange bei uns bis hinauf zur obersten Instanz gewartet hat, nämlich in der allgemeinen, großen, epidemiehaft auftretenden Hoffenseligkeit auf den besseren Zeitanfang, um mit diesem dann alle alten Sünden wieder gut machen zu können.

Wir erleben ihn nicht! Schaffen wir darum das längst Nötige und Mögliche, — wenn's auch sehr schwer fällt — um das Unumgängliche auch in dieser bleibend schlechten Zeit möglich zu machen, daß sie nicht noch elender und trostloser werde.

Wenn wir schon bei dem Thema Fachbelehrung und Weiterbildung sind, so noch eines, was die eigentliche Veranlassung dieses Artikels bildet. Es kommt allerdings reichlich früh, da es nun aber in etwas mehr bestimmter Form an den Hauptvorstand abgeht (gu' Ding' braucht lang' Weil'; je höher die Instanz, desto mehr, es ist nun mal so im Lande des höchstentwickeltesten Bürokratie-Verzeihung! Organisationslandes) so ist damit im Vorhinein der Einwand ausgespart, daß es zu spät sei. Also: es ist in diesem Jahr der 150. Geburtsstag Senefelders. Zum November wird wohl jede Zahlstelle des Verbandes eine würdige Feier einleiten. Die meisten Orte werden u. a. eine Festszeitung oder Festschrift herausbringen. Hier könnte unser Hauptvorstand etwas mit fördernd und bildend eingreifen mit der Aussetzung von Preisen. Hoch brauchen diese durchaus nicht zu sein, jeder Mitarbeitende weiß, daß er eine solche Arbeit ehrenhalber macht. Nichtsdestoweniger dürfte eine Aussetzung von Preisen anregend und fördernd wirken.

Die Sache selbst denke ich mir ungefähr in folgender Weise: Die Festschriften bzw. Herausgeber werden alle doch sowieso unsere technische Zentrale mit einem Exemplar bedenken. Hier könnte nun die Bewertung der einzelnen etwa nach folgenden Gesichtspunkten vor sich gehen: Für das beste Senefelderbild 1—2 Preise sowie lobende Anerkennungen (vielleicht auch in Form einer Zuwendung von Senefelders Lehrbuch); für das beste Gedicht (Widmung an Senefelder) 1—2 Preise; für den besten Aufsatz ebenso; für gutes Arrangement einer Festschrift (nach Inhalt und Form) Anerkennungen und Zuwendungen.

Da diese Preissache in etwas von den arderen abweicht, müßten zur unparteiischen Bewertung durchweg außer unserem Verband stehende Preisrichter in Betracht kommen, insofern ja auch die Einreichung unter Motto wegen des Ortsaufdrucks der betreffenden Mitgliedschaften auf den Festschriften nicht möglich ist. Um den persönlichen Eifersüchtigkeiten in den Mitgliedschaften bei der Mitarbeit an den Festschriften zu begegnen, müßten in diesem Falle auch Einzelarbeiten, Senefelder-Bildnisse (in Lithographiemaniere), Aufsätze und Gedichte zum Wettbewerb zugelassen werden. Auch dem Einwand, die großen Orte kämen in folge ihrer größeren Aufwendungen in Vorteil, könnte begegnet werden, etwa dadurch: Orte mit über 500 Mitgliedern fallen in die Bewertungsabteilung I, Orte mit weniger als 100 Mitglieder in die Bewertungsabteilung II. Also müßte der erste Preis der Abteilung II dem ersten Preis in der Abteilung I gleichgestellt sein. Damit wären die Rechte der Minorität geschützt. Letztere Maßnahmen richten sich natürlich hauptsächlich auf die Bewertung des Arrangements und könnte auch hier durch den Wertgrundsatz »einfach und gediegen« ersetzt werden. Ich setze in unsern Hauptvorstand das Vertrauen, daß er, wie das früher öfter geschah, auch heute noch dem fachtechnischen Interesse entgegenkommt, mit dieser Ehrensache für unseren Meister auch selbst eine Ehre einlegen wird.

Adolf Blum.

Ortsberichte.

Barmen-Elberfeld. Die Zahlstelle Barmen-Elberfeld hielt am 29. Januar ds. Js. ihre Jahresgeneralversammlung mit einer reichhaltigen Tagesordnung ab. Zunächst wurde der geschäftliche Teil erledigt; sodann gab der Kassierer den Kassenbericht. Hierauf wurde vom Kassierer der Jahresbericht gegeben und zugleich die Mandate der Ortsverwaltung zur Neuwahl gestellt. Nachdem die Wahlen gefügt waren, wurde zur Urabstimmung über die Beitragserhöhung geschritten, was eine sehr erregte Debatte hervorrief. Seitens der Mitgliedschaft Barmen-Elberfeld wurde erklärt, daß man der Erhöhung des Beitrages zustimmen könne, wenn damit keine Erhöhung der Unterstützungen verbunden sei. Nachdem der Kreisvertreter Kollege Reiß ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß mit der Erhöhung des Beitrages keine Erhöhung der Unterstützungen verbunden ist wurde der Antrag des Vorstandes mit 2/3 für, 1/3 gegen die Erhöhung angenommen. Es wurde hierbei die Notwendigkeit der Stärkung unserer Kampffähigkeit anerkannt, um bei den kommenden Kämpfen aktionsfähig zu bleiben. Auch wurde der Zusammenschluß aller graphischen Verbände zum graphischen Industrieverband als sehr dringend gefordert.

Zum Punkt zentrale Lohnzulage vom 1. Januar wurde von der Versammlung scharf gerügt, daß wir im Industriegebiet als Kollegen zweiter Klasse behandelt wurden, indem wir wöchentl. 5 Mark weniger erhielten als das übrige Deutschland, trotzdem wir die teuersten Existenzverhältnisse haben. Eine Ausnahmestellung in punkto Lohn ist hier ohne weiteres gerechtfertigt, besonders wenn man hierbei berücksichtigt, daß das graphische Gewerbe das schlechtest entlohnte von allen Berufsgruppen im Industriegebiet ist. Die schwierige

Situation unserer Unterhändler wurde voll gewürdigt und nur im Interesse der übrigen deutschen Kollegenchaft die Abmachungen angenommen. Allerdings dürften solche Abmachungen nicht mehr abgeschlossen werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: »Die am 29. Januar 1921 in der Wirtschaft Isenberg stattgefundene Generalversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die Fassung der Zulage vom 1. Januar 1921, wonach die Kreise 3 und 12 5 Mark Lohnerhöhung weniger erhalten und erklären, daß sie sich nicht als Mitglieder zweiter Klasse behandeln lassen. In Zukunft werden sie in solchem Falle zur Selbsthilfe schreiten.« Die Versammlung war von gutem Geiste getragen.

Leipzig. Am 31. Januar fand die allgemeine Versammlung statt. Kollege Hentschel ging im Jahresbericht auf die Vorgänge im letzten Jahre in großen Umrissen ein, streifte die Zeitungsverbote, den Kapp Putsch, kennzeichnete das Verbieten an der Leipziger Arbeiterschaft, den Volkshausbund und hob dabei besonders hervor, daß die Mitgliedschaft mit der Abführung des Volksausbeitrages mit an der Spitze marschiere.

Der Unterstützungsverein, aus dem die Mitgliedschaft hervorging, hat sich aufgelöst. Dafür wurde eine Krankenzusammenstützung in der Lokalkasse eingeführt. In der Lohnfrage sind die Porträtphotographen am weitesten zurückgeblieben. Die Arbeitslosigkeit war besonders groß in der Chemigraphie. Die Mitgliederzahl betrug 2950 und 258 Lehrlinge. Er betonte eindringlich die Notwendigkeit der Beitragserhöhung und warnte vor allen Dingen vor den Bestrebungen, die auf eine Zersplitterung der Gewerkschaften hinauslaufen müssen. Er lehne es ab, daß der Verband politischer Zensor der Mitglieder sei; aber der Grundsatz, mit Unorganisierten nicht zusammen zu arbeiten, bestehe auch heute noch und werde auch durchgeführt werden, weil wir uns immer vor Augen halten müßten, daß wir nur einig alles geschlossen eine Welt — zersplittert — gespalten aber ein Nichts bedeuten. Folgende Resolution fand gegen sechs Stimmen Annahme:

»Die zu Jahresversammlung zahlreich anwesenden Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindruck- und verw. Berufe der Mitgliedschaft Leipzig, begrüßen die Bestrebungen zum festen organischen Zusammenschluß aller graphischen Verbände. Angesichts der Notlage der arbeitenden Klassen und der sich täglich steigenden Schwere des Existenzkampfes, halten die Versammelten die Verbindung der Kämpfe über den engen Rahmen der Berufe hinaus und die Schaffung einer allgemeinen proletarischen Kampfesfront für unbedingt erforderlich und bringen zum Ausdruck, daß das verflossene Jahr viele Hoffnungen und Ziele der Arbeiter nicht in Erfüllung gehen ließ. Der Hinderungsgrund liegt in der Zerrissenheit der Arbeiter, welche sich in dem Bestehen und gegenseitigem Bekämpfen, vieler proletarischer Organisationen, ausdrückt. Anerkannt soll werden, daß es nur der Einigkeit der Berufskollegen zu danken war, wenn eine materielle Verschlechterung unserer ohnehin traurigen Lage nicht noch mehr Platz greifen konnte. Nur die Einigkeit des gesamten Proletariats verbürgt einen gesunden Fortschritt. Diese Einigkeit ist aber nur denkbar, wenn von der proletarischen Organisation, die größte Toleranz untereinander, nicht nur gepredigt, sondern auch ausgeübt wird.«

In der nun einsetzenden Aussprache wurde besonders hervorgehoben, daß noch viel zu wenig für den Industrieverband geschehen sei. Auch in der Arbeitslosenfrage sei nichts Durchgreifendes unternommen worden, was aber nur bedingt zutrifft, da nicht jede Einzelhandlung beigetreten werden kann. Die kommunistisch orientierten Kollegen weisen es weit von sich, mit ihrer Agitation Zersplitterung zu treiben.

Im Interesse des Ganzen ist zu wünschen, daß nur auch die Wirkung so ist. Ein Antrag, die Arbeitslosenfrage in einer Sonderversammlung zu behandeln fand Annahme, während der Antrag der Lehrlingsabteilung, das volle Selbstverwaltungsrecht zuzugestehen, abgelehnt wurde.

Zum Schluß bot noch Kollege Laube mit einem lehrreichen Lichtbildervortrag »Auf einem Hochseefischdampfer im Atlantischen Ozean«, den Kollegen einen interessanten Einblick, auf die mit vielen Gefahren verbundene Herbeischaffung eines hochwertigen Nahrungsmittels, dem reicher Beifall folgte.

Viersen. Wieder einmal liegt eine erfreuliche Versammlung hinter uns. Es ist eine Genugtuung für alle, konstatieren zu können, daß immer und zu jeder Zeit der Versammlungsbesuch ein sehr guter ist. Alle Kollegen stellen ihren Mann, und als auch in dieser Versammlung, der General-Versammlung, zum Punkte Neuwahl des Vorstandes der Ruf an einzelne Kollegen zwecks Neubesetzung der Vorstandsstämmer erging, nahmen sie im Bewußtsein ihrer Pflicht der Gesamtheit gegenüber, ihre Posten an. Und als ein Kollege dem alten Vorstand den Dank aller für ihre Arbeit und Mühe aussprach, da dachten wohl alle Kollegen an unsern Vorsitzenden Kollege Weyhe, der seine Schar tatkräftig durch alle Hindernisse der Zeit

(Fortsetzung in der Beilage).

geführt hatte und, jetzt wiederum gewählt, auf neue gelobte, all seine Energie im Interesse der Kollegenschaft zum Wohle des Verbandes aufzuwenden. Mit Recht gefiel er die Verschleppungstaktik, die von der Unternehmenshaft im Gau 12 getrieben wird. An dieser Stelle sei auch mit Dank der Tätigkeit des bisherigen Kassierers Kollegen Seuren gedacht. Mit wenig Unterbrechung hat dieser Kollege treu und vorbildlich fast 25 Jahre die Kassengeschäfte des Verbandes am Orte geführt. Sein Nachfolger findet aber auch in Zukunft seine volle Unterstützung.

War die Versammlung bisher schon getragen von Pflichtgefühl und Treue dem Verbands gegenüber, so feierte aber wirtschaftliche Einsicht Triumphe, als in der folgenden Urabstimmung über die Beitragserhöhung alle Kollegen nur ein Ja als Antwort hatten. Große Freude und Genugtuung, wolle Männer hinter sich zu haben, sprach auch aus den Worten des Vorsitzenden, als er das Resultat feststellte.

Der Kartelldelegierte Kollege Maxen, nebenbei auch noch mit Lust und Liebe Bibliothekar, gab noch einen Bericht über verschiedene Kartellsitzungen und ermahnte nach den Worten: Wissen ist Macht zur erfruchtigen Benutzung der Bibliothek des Kartells. Nach Behandlung einiger interner Sachen konnte Kollege Weyhe die anregend verlaufene Versammlung schließen. Fr. H.

Der Betriebsrat

Folgen einer für ungerechtfertigt erklärten fristlosen Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes.

(§ 96, Abs. 4 des B.-R.-G.)

Nach Ihrer Mitteilung ist Ihnen als Betriebsratsmitglied fristlos gekündigt worden, der Schlichtungsausschuß hat aber gemäß § 96 Betriebsratsgesetz die Kündigung für ungerechtfertigt erklärt. In diesem Falle ist die Weigerung des Arbeitgebers, Sie weiter zu beschäftigen, unberechtigt. Eine Abfindung nach § 87 B.-R.-G. kommt nicht in Frage, vielmehr hat der Gesetzgeber an die Entscheidung im Falle des § 96, Abs. 4 die unbedingte Folge geknüpft, daß die Kündigung als zurückgenommen gilt. Der Arbeitgeber ist daher auch gemäß § 95 verpflichtet, Ihnen zwecks Ausübung ihres Amtes den Zutritt zum Betriebe zu gestatten (vergl. Dersch, Kommentar zum B.-R.-G. § 66 I c 1 A am Ende S. 188). Verstößt er gegen diese Verpflichtung, so macht er sich nach § 99 B.-R.-G. strafbar. Der Strafantrag der Betriebsvertretung ist an die Polizei oder an die Staatsanwaltschaft zu richten.

Die Verpflichtung zur Gehaltsfortzahlung ergibt sich aus dieser Darlegung ohne weiteres.

(Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 16. September 1920.)

Zur Auslegung von § 98 des B.-R.-G.

Eine Firma hatte die Zustimmung der Mehrheit der wahlberechtigten Arbeitnehmer zur Kündigung des Betriebsobmanns dadurch eingeholt, daß sie mit den einzelnen Arbeitnehmern gesondert verhandelte und jedem eine entsprechende Erklärung zur Unterzeichnung vorlegte.

Der Schlichtungsausschuß München-Stadt hat unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Lösch, gen. Berrsche dieses Verfahren als den Vorschriften des B.-R.-G. nicht entsprechend bezeichnet.

Aus den Gründen:

Eine gewissermaßen durch Addition zeitlich auseinanderliegender Äußerungen einzelner Personen entstandene Zustimmung stellt einen Mehrheitsbeschuß, wie ihn § 98 des B.-R.-G. als analoge Anwendung von §§ 75 und 97 des B.-R.-G. unzulässig fordert, nicht dar.

Wenn § 98 des B.-R.-G. diese Analogie vorschreibt, so liegt darin implizite auch die Vorschrift bezüglich der Beschlußfassung der Arbeitnehmer eine entsprechende Anwendung der für die Beschlußfassung sonstiger Betriebsvertretungen maßgebenden Vorschriften walten zu lassen. Diese Auffassung erhält noch eine besondere Stütze durch die Anmerkung 2 des Folg.-Sitzlerschen Kommentars zu § 98 des B. R. G. Wenn es da bezüglich der Zustimmung der Mehrheit der Angestellten heißt: »und zwar durch Mehrheitsbeschuß«, so haben sich die Kommentatoren dieser Wendung nur bedienen können, um einen Fall wie den gegenwärtigen als dem Sinn des § 98 des B.-R.-G. widersprechend zu bezeichnen. Denn darüber kann es keinen Zweifel geben, daß die einzelnen Äußerungen und Unterschriften der Arbeitnehmer keinen »Beschuß« einer Gesamtheit oder Gemeinschaft von Personen bedeuten können. Zu einem »Beschuß« gehört begrifflich das Vorhandensein einer Personengesamtheit, die berät und abstimmt. Eine Summierung privater Einzelmeinungen ist kein »Beschuß« in der gesetzlich und allgemein sprachlichen Bedeutung dieses Wortes.

Der Lithograph.

Die Lage der Kartographen.

Die Lithographie ist wohl eines der Gewerbe, auf welche die wirtschaftlichen Veränderungen nach dem Kriege mit am verheerendsten eingewirkt haben. Wenn schon die Konkurrenz der neuen photomechanischen Verfahren sowie die Zollpolitik der Regierung vom Jahre 1912 der Lithographie den Namen eines »sterbenden Berufes« erwirkte, so ist jetzt zur Tatsache geworden, daß ein großer Teil der Kollegen im Berufe ihre Existenz nicht mehr findet. Alle Opfer, alle Mühen sind umsonst gewesen! Jahrelanger Schulbesuch, jahrelanges Arbeiten für miserabel Entlohnung haben die Hoffnung, daß dieser Beruf seinen Mann ernähre, zerschanden werden lassen.

Neben der Chromolithographie ist es besonders die Kartographie, die unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen schwer leidet.

Bis kurz vor dem Kriege war in den Kreisen dieser Berufsarbeiter die Annahme vorherrschend, daß man einstmals doch als Beamter in den Häfen einer gesicherten Existenz landen werde. Diese Annahme hat in den letzten Jahren unter den veränderten staatlichen Verhältnissen an Boden verloren und sind derartige Zukunftsperspektiven wohl zum größten Teil aufgegangen.

Während vor dem Kriege annähernd 150 Kollegen dieser Sparte vorhanden waren, konnte eine jetzt vom Verband aufgenommene Statistik nur noch 70 Personen: Kupferstecher, Kartographen und Kartolithographen erfassen. Bedeutende Einschränkungen in der Landesaufnahme, der Nautischen Abteilung des Marineamtes und auch der Preussischen Geologischen Landesaufnahme, auf deren Ergebnisse im wesentlichen die kartographischen Arbeiten beruhen, haben naturgemäß eine Verminderung der Zahl der in der Kartographie Beschäftigten zur Folge gehabt.

Diese Statistik hat nun ergeben, daß sich der Verdienst der Kupferstecher, Kartographen und Kartolithographen gegenüber der Vorkriegszeit, gemessen an den Löhnen der anderen Sparten unseres Berufes, wesentlich vermindert hat.

Wir möchten nicht Vergleiche mit dem von irgend einer Seite fixierten Existenzminimum heranziehen: aus den nachfolgend angeführten Zahlen dürfte zu ersehen sein, daß auch die Einnahmen eines Kartographen nicht an dieses heranreichen. Aber es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß vor dem Kriege der Lohn eines Kartographen nicht unwesentlich über den Lohn eines Maschinenmeisters hinausging, während er jetzt hinter denselben zurückgeblieben ist. Es gibt sogar einige Firmen, die für die qualifizierte Arbeit eines Kartographen den tariflich festgesetzten Mindestlohn für angemessen erachten. Ob man dies als im Sinne des Tarifes liegend bezeichnen kann, möchten wir bezweifeln.

Würde nach der in unserer Mitgliedschaft Berlin aufgenommenen Statistik für Maschinenmeister im Jahre 1911 ein Wochenlohn von 30,66 Mk. und " 1913 " " " 31,88 " ermittelt, so ergab diese für Kartographen im Jahre 1911 einen Wochenlohn von 32,28 Mk. und im " 1913 " " " 34,57 Mk. Es wäre dies eine um 5,2 bzw. 8,4 Prozent höhere Entlohnung der Kartographen.

Im Jahre 1917 machten die Kartographen Berlins einen Vorstoß zwecks Aufbesserung ihres Lohnes und es gelang, eine durchschnittliche Erhöhung von 6,85 Mk. pro Woche zu bekommen. Aber auch hier wurde ihre qualitative Tätigkeit nicht genügend berücksichtigt, denn für die Steindruckerei in denselben Betrieben wurde eine Lohnerhöhung von 7,45 Mk. erreicht.

Nach den neuesten Erhebungen unseres Verbandes beträgt der Durchschnittslohn eines Stein-druckers 288,50 Mk., während ein Kartograph durchschnittlich pro Woche nur 269,50 Mk. verdient, demnach wird der Kartograph um 7 Prozent niedriger entlohnt wie der Steindruker.

Wir können also konstatieren, daß die Kartographen im Jahre 1913 um 8,4 Prozent höher und im Jahre 1921 um 7 Prozent niedriger in ihrer Entlohnung standen als wie die Steindruker.

Diese mindere Einschätzung ihrer Augen und Nerven aufreibenden Tätigkeit hat in den Kreisen der Kartographen schon seit länger als Jahresfrist eine sehr gereizte Stimmung hervorgerufen. Die Hoffnung, durch den Tarif nach der Richtung hin berücksichtigt zu werden, ist fehlgeschlagen, mußte auch fehlschlagen, da die tariflich erzielten Teuerungszulagen sowieso das Mindestmaß dessen betragen, was man überhaupt erwartete hatte. Es ist deshalb begrifflich, wenn die Kartographen endlich eine bessere Würdigung ihres Berufes anstreben, auch sie sind da gelangt, wo die große Masse der Bevölkerung sich befindet, daß sie sich die notwendigsten Anschaffungen versagen müssen.

Schon aus der Bewegung vom Jahre 1917 konnten und haben die Kartographen gelernt, daß nur eine kräftige Organisation sie vor unerträglicher Ausbeutung schützen kann. Sie müssen die erste Bedingung jeder Organisation, solidarisches Handeln, sich zu eigen machen. Nur in der Einigkeit und

Geschlossenheit liegt die Kraft und damit auch die Zuversicht des Sieges einer Bewegung.

Wir zweifeln nicht, daß die Kartographenkollegen, wenn sie den Zeitpunkt für gegeben erachten, ihren Unternehmern klar machen werden, daß es so nicht weiter gehen kann; sie verlangen die Aufbesserung ihrer Löhne analog den Verhältnissen vor dem Kriege. R. Sch.

Photogr. Mitarbeiter

Nur die Organisation kann helfen!

Nur die außerordentlich geringe Entlohnung der Porträtfotographen war für Vorstandsvorsitz, Verbandsausschuß und Verbandsbeirat bei der Ausschreibung der Urabstimmung zur Erhöhung des Verbandsbeitrages die Ursache den Porträtfotographen eine »Extrawurst« zu braten. Es war ganz gewiß nicht einfach zu einem solchen Beschuß zu kommen und die dabei sicherlich schwierigen auftauchenden Fragen sind eingehend erwogen worden. Bei den Beratungen ist auch ganz unzweideutig zum Ausdruck gekommen, daß die übrigen Verbandsmitglieder bei Annahme des gemachten Vorschlages in erheblichen Maße ihre Solidaritätspflicht den Porträtfotographen gegenüber erfüllen, immer ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß es gewerkschaftliche Pflicht ist, den Angehörigen eines den allgemeinen Verhältnissen gegenüber zurückgebliebenen Berufes die Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Organisation zu geben.

Die Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Organisation hatten die Porträtfotographen schon so lange, als überhaupt Gewerkschaften bestehen. Aber erst während und kurz nach der Revolution regte sich bei ihnen das Bedürfnis zur gewerkschaftlichen Organisation etwas stärker und die Anstrengungen des Verbandes zeigten einen Erfolg.

Dieser Anfangserfolg der gewerkschaftlichen Organisation, der sich durch die in Deutschland noch immer in Geltung befindlichen Innungsgesetzgebung nicht unmittelbar in der gewünschten Weise auch auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ummünzen ließ, muß aber in Gefahr geraten, wenn den Photographen eine Beitragsleistung aufgezwungen wird, die zu tragen sie in der Mehrzahl nicht imstande sind. Was aber noch wichtiger ist: die an sich schon schwere Agitation unter den Porträtfotographen würde bei dem erhöhten Beitrag fast unmöglich werden.

Das sind — kurz gesagt — die Gründe für die beantragte Sonderstellung der Photographen in der Portraibranche. Sie entspringen der Erkenntnis, daß nur ein fester Zusammenschluß der Berufsarbeiter in der gewerkschaftlichen Organisation das Mittel ist in wirklich einschneidender Weise auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuwirken. Leider hat diese Erkenntnis noch nicht alle Köpfe der Photographen ergriffen. Noch stehen große Massen der Organisation fern. Die für solches Verhalten angegebenen Gründe sind so verschiedenartig, oft direkt absonderlich, daß es unmöglich ist auf alle einzugehen. Aber einen dieser Gründe wollen wir herausgreifen.

Nur zu oft wird behauptet, daß der Verband nicht in der Lage sei etwas wesentliches für die Photographen zu tun und daran die Meinung geknüpft, daß es zwecklos sei, sich der Organisation anzuschließen. In Nr. 23 der »Graphischen Presse« vom vorigen Jahre wurde berichtet, daß sich die Photographen Österreichs restlos an den Österreichischen Senefelderbund angeschlossen haben und von da an ein Aufstieg der Photographen zu verzeichnen sei.

Bei Eintritt der Photographen in den Österreichischen Senefelderbund war der Höchstlohn 250 Kr. Die Operateure hatten einen etwas höheren Lohn, die Mehrzahl der Photographengehilfen dagegen mußten um einen wesentlich niedrigeren Lohn arbeiten. Die Mindestlöhne betragen:

Für Gehilfen,	im 1. Gehilfenjahr 108,—	Kr.
" "	" 2. " " 144,—	"
" "	" nach dem 2. " " 180,—	"
Hilfsarbeiter erhielten	" " " 102,50	"

Die dann einsetzende Lohnbewegung brachte den Porträtfotographen eine wesentliche Erhöhung ihrer Löhne, die im Laufe der Zeit den weiter steigenden Kosten der Lebenshaltung angepaßt werden mußten. Wie diese Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung vorgenommen wurde, mag nachstehende Aufstellung zeigen:

	Mindestgesamtlohn am 1. März 1920	Mindestgesamtlohn ab 9. Oktober 1920	Zulage ab 12. Dezember 1920	Mindestgesamtlohn ab 13. Dezember 1920	Zulage ab 3. Januar 1921	Mindestgesamtlohn ab 6. Januar 1921
Für 1. Operateure	270,—	675,—	67,50	742,50	67,50	810,—
" 1. Negativ-Retuschoure	270,—	565,—	56,50	621,50	56,50	678,—
" 11. Negativ-Retuschoure	270,—	440,—	44,—	484,—	44,—	528,—
" Positiv-Retuschoure	270,—	350,—	35,—	385,—	35,—	420,—
" 1. Koperlerer	270,—	565,—	56,50	621,50	56,50	678,—
" 11.	270,—	440,—	44,—	484,—	44,—	528,—
" Laboranten	270,—	440,—	44,—	484,—	44,—	528,—

	Mindestgesamtlohn ab 1. März 1920	Mindestgesamtlohn ab 9. Oktober 1920	Zulage ab 13. Dezember 1920	Mindestgesamtlohn ab 13. Dezember 1920	Zulage ab 3. Januar 1921	Mindestgesamtlohn ab 3. Januar 1921
Für Gehilfen für alles	270,-	440,-	44,-	484,-	44,-	528,-
„ Gehilfen für alles als selbstständige Filialleiter . . .	270,-	500,-	50,-	550,-	50,-	600,-
„ Gehilfen im ersten Jahre . . .	162,-	250,-	25,-	275,-	25,-	300,-
„ Empfangsdamen	350,-	35,-	385,-	35,-	420,-	
„ Hilfsarbeiter . .	153,75	315,-	31,50	346,50	31,50	478,-

Besser als die längsten Reden und Artikel zeigt diese Aufstellung, daß nur der gewerkschaftliche Zusammenschluß die einzige Möglichkeit bietet, wirksam seine Interessen zu vertreten. Die österreichischen Photographen haben dieses Erkenntnis gewonnen und schätzen den Verband als das was er ist: Ein Schutz und Schirm der Bedrängten.

Und unsere deutschen Photographen?

Noch stehen eine ganze Anzahl der Organisations fern; noch ist das Interesse der Organisierten nicht in dem notwendigen Maße lebendig. Das muß anders werden! Genau so wie die österreichischen Kollegen müssen auch die deutschen Photographen ihre Gleichgültigkeit ablegen und jeder einzelne ein Agitator und Mitstreiter seiner Berufsorganisation werden. Nur so kommen wir vorwärts und sind in der Lage die Dankesschuld, die uns durch die Solidarität der Mitverbandskollegen erwächst abzutragen und jene Hemmungen zu beseitigen, die uns bisher noch immer eine Regelung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen über das ganze Reich unmöglich machen.

Graphische Technik.

Etwas vom Bronzedruck.

Der Bronzedruck ist auch heute noch, zwei Jahre nach Beendigung des Völkermordens mit seiner Begleiterscheinung des Ersatz-Ersatzes das Schreckenskind aller Steindruckereien, besonders aber aller Maschinenmeister. Wer deshalb mit einigen guten Erfahrungen aufwarten kann, handelt nur kollegial, wenn er die gemachten Erfahrungen nicht feil überliefert für sich behält, sondern sie der Gesamtkollegenschaft zur Nachprüfung vorlegt.

Alle vorkriegszeitlichen Methoden des Bronzedruckes sind dazu verurteilt, Fehlergebnisse zu zeitigen, weil das heute zur Verfügung gestellte Papier gar nicht dazu veranlagt ist, mit diesen Methoden einen la Golddruck zu ermöglichen. Jeder aufmerksame Fachmann hat diese Beobachtung schon so vielfältig machen müssen, daß es überflüssig ist, dafür noch irgendwelche Begründung zu geben. Trotzdem gibt es noch eine Reihe Fach-

zeitschriften, die diese alten Methoden noch immer empfehlen. Auch die Firma Klimsch empfiehlt noch immer Kopal, Bernsteinlack und Sekativ (reine Friedensware) als die besten Mittel für einen la Golddruck. Gerade die Firma Klimsch, die fast stets als Auskunftsstelle von unseren Unternehmern benutzt wird, wenn ein so schlechter Maschinenmeister Bronze gedruckt hat und am Schluß der Auflage statt Gold nur noch die Unterdruckfarbe zu sehen ist, sollte sich hüten, solche unbrauchbaren Mittel zu empfehlen. Wer das trotzdem tut, dem bleibt gar nichts anderes übrig, als in langen theoretischen Erörterungen allem Möglichen die Schuld beizumessen. Die hilfesuchenden Anstaltsbesitzer sind aber dann genau noch so schlau wie vorher; die Auflage ist minderwertig und der Drucker ist dann derjenige, der nicht auf der Höhe der Zeit steht, — also auch minderwertig.

Ich habe in letzter Zeit mehr denn je meine ganze Aufmerksamkeit dem Bronzedruck zugewandt. Durch meine Stellung in unserer Organisation stets mit allen Sparten des Berufes in Fühlung, kann ich mit ihnen auch über Ausführung und Fertigstellung der Aufträge diskutieren. Jeder Drucker oder Maschinenmeister, der die gegenwärtige Lage unseres gesamten Gewerbes richtig erfaßt hat, weiß, daß der Steindruck sich nur durch Qualitätsarbeit im Ausland durchsetzen kann. Dieses bestätigt sich tagtäglich dort, wo der Unternehmer selbst von diesem Gedanken beseelt ist. Deshalb macht man auch die Wahrnehmung, daß dort, wo der Unternehmer seinen Druckern freie Hand läßt, stets bessere Arbeitsergebnisse zu verzeichnen sind. Gerade der Bronzedruck, der schon manchen Maschinendruckern ganz besonders in den letzten zwei Jahren, durch Nichthaften der Bronze nervös, ja, verrückt gemacht hat, ist geeignet, den Absatz im Ausland wesentlich zu erschweren.

Die sich zeigenden Übelstände beim Bronzedruck werden von vielen Druckereibesitzern noch nicht genügend beachtet und nur dem Maschinendruck, dem man mangelnde technische Kenntnisse unterschiebt, aufs Konto geschrieben. Da man durch fortwährende Versuche noch zu keinem befriedigenden Resultat gekommen ist, so hat jeder Drucker nach seinem Gutdünken, wenn er an das Gold kam, seine Farbemischung. Aber immer mit dem Gedanken, diesmal muß es besser werden als das Gold des Kollegen K. oder B. Und das Resultat? Am Anfang tadellos! Der betreffende Kollege freute sich schon, seine Position beim Chef verbessert zu haben. Als aber zwei bis drei Farben weiter gedruckt waren, mußte er mit Schreien feststellen, daß seine ganze Anstrengung umsonst war. All diese Vorgänge führen sehr oft zur Gleichgültigkeit des Druckers und das Interesse am Gelingen der Arbeit geht ohne böse Absicht verloren. In dem Betrieb, wo ich beschäftigt bin, laufen gegenwärtig alle neun Maschinen. Sie gilt als eine Weltfirma und fertigt speziell Parfüm Seifen-Packungen. Gerade

bei diesen Artikeln sowie bei Zigarren-Packungen wird auf einen la Golddruck und künstlerische Prägung das größte Gewicht gelegt. Daher kam es, daß ich nochmals den Mut faßte, abermals zu probieren und das angepreisene Fabrikat in der „Graphischen Presse“, das ich selbst mit einer Handbewegung beiseite geschoben hatte, doch zu probieren. Ich ließ mir eine Probe von J. H. Wolffs Bronze-Tinkturen (Kosmos), Detmold, schicken und druckte meine Auflage (3600 Bg.) Schon während des Druckes machte sich mancher Vorteil (Anlegen der Farbe) bemerkbar und als ich fertig war, staunte alles über den Erfolg. Das Gold hatte Glanz und haftete tadellos! Nach 8 Tagen, als die Auflage fertiggestellt war, konnte man mit Freude konstatieren, daß der Erfolg durch diese Bronzetinktur alles bis jetzt angewandte voll und ganz in den Schatten stellte.

Es wäre noch manches zu sagen über die Mischung der Goldunterdruckfarbe und welches Fabrikat der Unterdruckfarbe als das geeignetste zurzeit erscheint. Aber auf alles das werde ich in einem nächsten Artikel noch näher eingehen.

Ich empfehle jedem, der mit Golddruck zu tun hat, im eigensten Interesse dafür zu sorgen, daß die Wolffsche Bronze-Tinktur, mitteltrocknend für Chromo und für Glanzpapiere schnelltrocknend, bestellt wird. Garantiere als alter Fachmann für vollen Erfolg. Bin auch jederzeit bereit, an mich gerichtete Anfragen im Interesse der Sache zu beantworten. Carl Neidl, Lithogr. Maschinenmstr.

Chemisch-technische Winke für Buch- und Steindruckereien.

Herausgegeben von dem Laboratorium der chemischen Fabrik Gustav Ruth, Wandsbeck Hamburg.

Ein kleines, vielen Kollegen schon aus der Zeit vor dem Weltkrieg bekanntes Werkchen zeigt sich in neuem Gewande. Die Firma Gustav Ruth, die ja durch ihre vielfach bewährten Druckhilfsmittel, in weiten Kollegenkreisen gut bekannt ist, hat einen Neudruck veranstaltet. Der Inhalt stellt im wesentlichen eine Beschreibung der Anwendungsarten der Erzeugnisse der Firma dar, wo bei jedesmal in fachmännischer Weise auf die vielen Schwierigkeiten des Druckes hingewiesen und das Mittel zur Überwindung gezeigt wird. Angefügt ist ein Fragekasten mit Antworten. Auch als Druckwerk steht das Büchlein — Druckfirma C. G. Naumann in Leipzig — den Zeitverhältnissen entsprechend vollkommen auf der Höhe. Das gilt sowohl für den Buchdrucktext als auch für den Umschlag, der in vierfarbigem Offsetdruck in Rastermanier ausgeführt ist und einen originellen alten Praktikus darstellt. — Allen Kollegen, die sich auf das Verbandsorgan beziehen, schickt die Firma Gustav Ruth, Wandsbeck, Feldstr. 136-142 das Büchlein kostenlos zu.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir einen

Ia Nachschneider und Fräser

für Auto und Strich.

Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen sind zu richten an die

Graph. Anstalt der Fried. Krupp A.-G., Essen.

Positiv-Retuscheur

gewandt und zuverlässig, sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an

August Schuler

Chemigraphische Kunst-Anstalt Stuttgart.

Technische u. Positiv-Retuscheure

für Maschinen-Retusche suchen

Dr. Selle & Co., Berlin

Zossener Straße 55.

Tüchtiger, flotter

Retuscheur

somit gesucht

Kiehne, Köln a. Rh., Clemensstraße 1.

GESUCHT!

Tüchtiger Andruker

für Autotypien.

Erstklassiger, zuverlässiger

Nachschneider

für Autotypien.

Ia Maschinen-Retuscheure

Jüngerer, tüchtiger

Reproduktionsphotograph

für Strich und Auto, der das Kopieren mit übernimmt.

Sämtlich für dauernd!

G. Rübiger, Hannover

Hinüberstraße 11 a.

Verbandsnachrichten

Warnung!

Vor Stellungnahme nach Braunschweig unter allen Umständen Auskunft einholen und beachten, auch bei telegraph. Engagements. Im Unterlassungs-falle werden wir gegen solche Kollegen aufs schärfste vorgehen.

Ortsverwaltung Braunschweig.

„Betromit“ Schnellrockenmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

„Enoldin“ — Druckfett — speziell für schlecht zu verdrückende Farben und Papiere.

„Enol“ — Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goliad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.

apfiehlt

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.- Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

Lithographie (Export) Lithographie

Den neu patentierten, von lithographischen Großbetrieben als erstklassig anerkannten und als unübertroffen bezeichneten künstlichen

Schleif- und Polierstein




Marke Marlith

liefert in Nummern: I scharf, II mittel, III fein, IV extrafein, in Form von

Handsteinen	Maschinensteinen
(auch zum Einspannen in die Maschine), per Stück Mark 7,-.	Durchmesser 22, 26, 32 cm, 7 cm Höhe Gewicht etwa 4, 5, 7 kg, per kg M. 10,-.

Masse zum Selbstgießen in 1 kg Blöcken per kg Mark 9.50.

Zusendung gegen Nachnahme. Etwa Nichtkonvenientes wird zurückgenommen. Muster (1-4) per Stk. M. 7,-, sowie Prospekt auf Wunsch gerne zu Diensten.

Exporteure: Rabatt.

Marlith Kunststein-Werk Distler & Wenzel,

München, Theresienstraße 74.